

Stadt Kierspe




Der Bürgermeister

Vorlage Nr. 128

zur Sitzung des

Rates am 23.03.2010

öffentliche Sitzung

Einmalige Kosten? ---	Jährliche Folgekosten? ---	Haushaltsmittel vorhanden? ---
Einmalige Erträge? ---	Jährliche Erträge? ---	
Datum: 10.03.2010	Sachgebiet: 20	Kämmerer:  Beigeordnete:  BM: 

TOP: Antrag der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Kierspe vom 24.02.2010 zur finanziellen Ausstattung der Stadt Kierspe - Resolution an die Landesregierung NRW, an die Bundesregierung als auch an den Städte- und Gemeindebund

Beschlussvorschlag:

Die „Bergheimer Erklärung“ der nordrhein-westfälischen Kämmerer vom 25.06.2009 sowie die Resolution des Präsidiums des Deutschen Städte- und Gemeindebundes vom 01.12.2009 zur Finanzsituation der Städte und Gemeinden wird unterstützt. Bund und Land werden aufgefordert, zeitnah eine umfassende Gemeindefinanzreform durchzuführen, um so eine ausreichende Finanzausstattung der Gemeinden zu sichern.

Begründung:

Mit Antrag vom 24.02.2010 schlägt die SPD-Fraktion vor, zur Finanzausstattung der Kommunen die als Anlage beigefügte Resolution zu beschließen. Adressaten sollen der Bund, das Land und der Städte- und Gemeindebund sein.

Letzterer hat bereits am 01.12.2009 eine entsprechende Resolution verfasst. Nach Mitteilung des nordrhein-westfälischen Städte- und Gemeindebundes hat sich am 04.03.2010 unter dem Vorsitz von Bundesfinanzminister Schäuble die Gemeindefinanzkommission 2010 konstituiert, der auch Vertreter des Deutschen Städtetages, des Deutschen Städte- und Gemeindebundes sowie des Deutschen Landtages angehören.

Da die vorgenannten Resolutionen des Kämmererverbandes NRW und des Deutschen Städtetages umfassend sind und die finanzielle Not der Gemeinden und Städte widerspiegeln, sollte keine eigene Resolution verfasst werden. Vielmehr sollten beide Resolutionen unterstützt werden. Beide Erklärungen sind dieser Vorlage beigefügt.

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Kierspe

Vorsitzender: Marc Voswinkel
Anschrift: Buchenweg 2a 58566 Kierspe
Telefon: (0 2359) 906931 privat: (0 2269) 180622
eMail: Marc.Voswinkel@spd-kierspe.de



An den Bürgermeister der Stadt Kierspe
Frank Emde
Springerweg 21
58566 Kierspe

STADT KIERSPE	
Eing.: 25. FEB. 2010	
Dst:	10

Kierspe, den 24.02.2010

Antrag an den Rat der Stadt Kierspe
Finanzielle Ausstattung der Stadt Kierspe – Resolution an die Landesregierung NRW, an die Bundesregierung als auch den Städte- und Gemeindebund:

Unsere Städte und Gemeinden und der Märkische Kreis stehen vor dem finanziellen Kollaps. Die kommunale Familie wird im Märkischen Kreis Haushaltsdefizite in Höhe von rund 220 Millionen Euro – **allein für 2010** - zu verkraften haben. Diese fehlenden Haushaltsmittel werden über Kassenkredite finanziert ! Allein für unsere Stadt wird ein Defizit im Jahre 2010 in Höhe von über 6 Mio. EUR erwartet und in den Folgejahren ist mit keiner Besserung der finanziellen Ausstattung zu rechnen.

Die ständige Verlagerung und Zuweisung von neuen Aufgaben durch Bund und Land und die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise haben zu diesem Ergebnis geführt. Dies bedeutet, dass ein rasanter Verzehr des noch vorhandenen Eigenkapitals festzustellen ist. In vielen Kommunen ist die bilanzielle Überschuldung in greifbarer Nähe oder ist bereits eingetreten. Ein weiterer drastischer Anstieg der Kredite zur Liquiditätssicherung ist in den nächsten Jahren zu erwarten bzw. Leistungen im Bereich der Infrastruktur und der Angebote für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt stehen auf dem Prüfstand. Hallenbäder, Stadtbibliotheken oder Musikschulen könnten geschlossen werden als auch die Förderungen von sozialen und kulturellen Einrichtungen nicht mehr möglich sein. Dies wird zwangsläufig zu einer Verschlechterung der Lebensqualität in unserer Stadt führen, die wir nicht gewillt sind hinzunehmen. Zumal diese Verschlechterung nicht auf Entscheidungen in unserem Verantwortungsbereich zurück zu führen sind.

Um den Anforderungen der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Kierspe als auch der Gesetzgebung durch Land und Bund gerecht zu werden, muss schnellstmöglich eine deutliche Verbesserung der finanziellen Ausstattung unserer Stadt erfolgen.

Aus diesem Grund fordern wir als Rat der Stadt Kierspe in aller Klarheit:

- einen Stärkungspakt Stadtfinanzen auf Landesebene und einen Rettungsschirm für die Städte und Gemeinden,
- eine Entlastung der Kommunen beim Solidarbeitrag Ost,
- die unbedingte Einhaltung des Konnexitätsprinzips,
- ein **NEIN** zu einer Schuldenbremse in der Landesverfassung zum jetzigen Zeitpunkt, weil sozialer Kahlschlag und gänzlich kommunale Finanznot die Folgen wären,
- die bedingungslose Teilhabe an Förderprogrammen der EU für Haushaltssicherung-/Nothaushaltskommunen und eine Möglichkeit der Finanzierung von Eigenanteilen durch Kredite, um einen weiteren Gestaltungsspielraum zu sichern,

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Kierspe
Vorsitzender: Marc Voswinkel
Anschrift: Buchenweg 2a 58566 Kierspe
Telefon: (0 2359) 906931 privat: (0 2269) 180622
eMail: Marc.Voswinkel@spd-kierspe.de



-
- eine neue Verhandlung der Kosten der Unterkunft und der Grundsicherung mit einer Anpassung an die tatsächlichen Aufwendungen (Freistellung von Belastungen auf Kreisebene),
 - keine Abschaffung der Gewerbesteuer sondern vielmehr eine Zuweisung zusätzlicher Mittel im Rahmen einer generellen Neuordnung der Gemeindefinanzierung.
 - Schluss mit der Philosophie „Privat vor Staat“ und der Schwächung von Stadtwerken und Sparkassen.
 - dass das Recht zur Selbstverwaltung der Kommunen nicht durch die bewusst in Kauf genommene mangelnde finanzielle Ausstattung unserer Stadt untergraben werden darf,
 - der Städte- und Gemeindebund in seinen gesamten Gliederungen aufgefordert wird, in seinen Verhandlungen mit Land und Bund keinen weiteren Belastungen der kommunalen Haushalte zuzustimmen, sondern sich **sofort** für eine Entlastung der Haushalte im verstärkten Maße einzusetzen,
 - das von Steuersenkungspaketen, die eine weiteren Wegfall von finanziellen Mitteln für die kommunalen Haushalte beinhalten, Abstand genommen wird.

Den blumigen Reden und vielen Worten müssen jetzt dringend Taten folgen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'M. Voswinkel', is written over the typed name.

Marc Voswinkel
SPD-Fraktionsvorsitzender

Fachverband der Kämmerer in NRW e.V.

Bergheimer Erklärung der nordrhein-westfälischen Kämmerer (einstimmig verabschiedet im Rahmen der Frühjahrstagung am 25. Juni 2009 in Bergheim)

Die weltweit zu verzeichnende Finanz- und Wirtschaftskrise wird die Haushaltssituation der nordrhein-westfälischen Gemeinden, Städte, Kreise und Landschaftsverbände – trotz aller beschlossenen Maßnahmen des Deutschen Bundestages und des nordrhein-westfälischen Landtages zur Stabilisierung und Belebung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung – dauerhaft verschlechtern.

Allein die aktuelle Steuerschätzung prognostiziert für die Kommunen in den alten Bundesländern einen Rückgang aller Steuereinnahmen im laufenden Jahr um rund 9% gegenüber dem Vorjahr und im kommenden Jahr 2010 um weitere 4%.

Zugleich sind aufgrund der Auswirkungen der Krise auf dem Arbeitsmarkt drastische Steigerungen der Transferleistungen im sozialen Bereich zu erwarten, die bislang in den Haushalten der nordrhein-westfälischen Kommunen nicht etatisiert sind.

Durch diese Entwicklungen werden die ohnehin defizitären kommunalen Haushalte weiter belastet, so dass sie langfristig strukturell unterfinanziert sein werden. Das führt dazu, dass


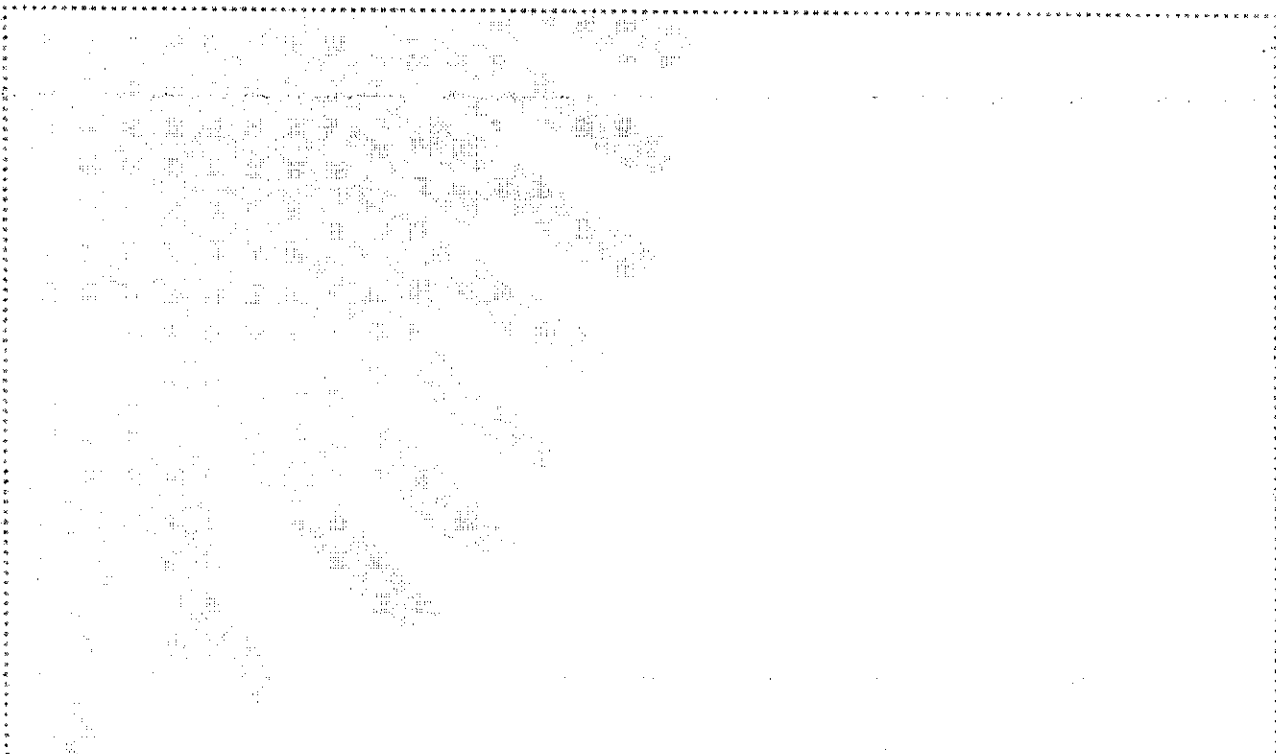
- 1) ein rapider Verzehr des bilanziell vorhandenen Eigenkapitals bis hin zur bilanziellen Überschuldung in naher Zukunft festzustellen sein wird, und
- 2) ein weiterer dramatischer Anstieg der Kredite zur Liquiditätssicherung, die bereits zum Ende des letzten Jahres einen Umfang von 15 Mrd. Euro in NRW erreicht haben, zu erwarten ist.

Aus Sicht der nordrhein-westfälischen Kämmerer sind zur Rettung der Kommunalfinanzen deshalb folgende Maßnahmen unerlässlich:

- 1) Für den kommunalen Aufgabenbestand muss den Gemeinden, Städten, Kreisen und Landschaftsverbänden durch Bund und Land eine angemessene Finanzausstattung garantiert werden. Die kommunale Finanzausstattung entspricht in keinster Weise diesem aktuellen Aufgabenbestand.
- 2) Das Konnexitätsprinzip ist strikt einzuhalten. So sind den Kommunen dauerhaft alle Kosten zu erstatten, die durch die Aufgabenübertragung entstehen. Es darf keine schleichende Verlagerung der Belastung auf die Kommunen erfolgen.
- 3) Die Gewerbesteuerumlage ist abzusenken.
- 4) Eine Förderung nach geografischer Lage ist fast 20 Jahre nach der Deutschen Einheit nicht mehr gerechtfertigt. Die finanzielle Beteiligung der Städte und Gemeinden am Solidarbeitrag Ost ist deshalb neu zu bestimmen.
- 5) Der Bund beteiligt sich an der Finanzierung der von den Landschaftsverbänden bislang allein getragenen Aufwendungen für die Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderung.
- 6) Die Bemühungen der Kommunen zur Konsolidierung und Sanierung ihrer Haushalte werden honoriert. Hierzu werden aufgelaufene Altschulden in einem nationalen Fonds zusammengeführt und entsprechend der Leistungsfähigkeit der Kommunen zurückgeführt.

Landtag und Landesregierung werden aufgefordert, die Bestimmungen zum Haushaltsrecht und zur Kommunalaufsicht neu zu gestalten mit dem Ziel, dass die Kommunen ihren Haushaltsausgleich wirksamer und konsequenter erreichen können.

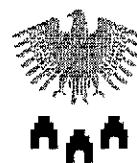
Nur durch eine schnelle Umsetzung dieser Maßnahmen können die Kommunen das aktuelle Angebot der Dienstleistungen, der Infrastrukturen, der Versorgungsleistungen und insbesondere die soziale Fürsorge, die Arbeitsförderung und die Betreuungs- und Bildungsangebote aufrechterhalten.



Resolution des Präsidiums des Deutschen Städte- und Gemeindebundes vom 1. Dezember 2009

Deutscher Städte- und Gemeindebund, Marienstraße 6, 12207 Berlin
Kontakt: Franz-Reinhard. Habel@dstgb.de

Stand: 1. Dezember 2009



DStGB
Deutscher Städte-
und Gemeindebund
www.dstgb.de

Resolution des Präsidiums
des Deutschen Städte- und Gemeindebundes vom 1. Dezember 2009

Rettungsschirm für Städte und Gemeinden aufspannen Investitionskraft stärken – Wachstum ermöglichen

Die Auswirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise sind in den Städten und Gemeinden immer deutlicher zu spüren. Steuereinnahmen brechen dramatisch ein, gleichzeitig explodieren die Sozialausgaben. Kommunen sollen Kinder betreuen und für Sicherheit sorgen, Schulen sanieren und Abwasser beseitigen, Sozialhilfe zahlen und mit Investitionen das örtliche Handwerk stärken – kurzum ein attraktives Umfeld vor Ort garantieren.

Diese Leistungen werden von Bund und Ländern den Kommunen auferlegt und gleichzeitig werden den Bürgerinnen und Bürgern immer weitere Leistungen versprochen: Im Rahmen eines Rechtsanspruches sollen innerhalb weniger Jahre Hunderttausende von Krippenplätzen geschaffen werden, Kommunen sollen mehr für Bildung tun, investieren und zum Klimaschutz beitragen. Gleichzeitig fordern Staat und Gesellschaft bürgerfreundliche Kommunen und eine Neuausrichtung der Kommunen für die älter werdende Gesellschaft.

Wie das vor dem Hintergrund der dramatischen Finanzlage realisiert werden kann, bleibt völlig offen.

Die Schere zwischen wegbrechenden Einnahmen und explodierenden Ausgaben der Kommunen wird sich in den nächsten

Jahren weiter öffnen. Die Finanzkrise bestimmt längst die politischen Entscheidungen vor Ort. Pflichtaufgaben und Personallasten könnten oftmals nur durch Kassenkredite finanziert werden.

Allein in den ersten sechs Monaten dieses Jahres stiegen die Kassenkredite um +2,8 Milliarden Euro auf 32,6 Milliarden Euro an. Inzwischen liegt der Anteil der Kassenkredite an der Gesamtverschuldung der Kommunen bei 41 Prozent! Damit muss die heutige Lebensqualität von den folgenden Generationen finanziert werden – eine unverantwortliche Entwicklung.

Die kommunale Selbstverwaltung ist akut in Gefahr! Die vermehrte gesetzliche Aufgabenzuweisung durch Bund und Länder sowie zunehmende Qualitätsanforderungen ohne angemessenen finanziellen Ausgleich führen zu einer dramatischen Überlastung der Kommunen. Attraktivität und Lebensqualität für Bürger und Unternehmen werden damit in Frage gestellt. Die Kommunen werden ihre öffentlichen Aufgaben in Zukunft nicht mehr in dem Umfang und der Qualität erfüllen können. Dies hat auch gravierende Auswirkungen für Staat und Gesellschaft.

Angesichts dieser prekären Lage fordern die deutschen Städte und Gemeinden einen Rettungsschirm und ein dauerhaftes kommunales Konsolidierungspaket. Hierzu gehören

- **Deutliche Erhöhung der Bundesbeteiligung bei den Kosten der Unterkunft für SGB II-Empfänger.**
- **Kompensation der Steuermindereinnahmen der Städte und Gemeinden im Rahmen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes.**
- **Kurzfristige Überbrückungshilfen für mindestens zwei Jahre, damit Städte und Gemeinden in der Krise im Interesse von Staat und Gesellschaft handlungsfähig bleiben.**
- **Kurzfristige Einführung eines Bundesteilhabegeldes für Menschen mit Handicap.**
- **Finanziell unterlegtes Bekenntnis des Bundes, dass es sich bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe handelt.**
- **Ein dauerhaftes Konzept, das die Finanzierung der gesetzlichen Aufgaben der Kommunen ohne immer neue Schulden sichert, dazu gehört auch eine starke Gewerbesteuer.**

Das Präsidium des Deutschen Städte- und Gemeindebundes fordert, den Weg aus der Krise gemeinsam zu gehen und kurzfristig einen

Kommunalgipfel von Bund, Ländern und Kommunen einzuberufen.

Dieser muss zur Lösung der drängenden Probleme zusammenkommen, um einen Rettungsschirm aufzuspannen, der die Investitionskraft der Kommunen stärkt, Wachstum ermöglicht und die Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden sichert.